

## 2) *Medicinalwesen und Medicinalpolizei.*

**Amtliche Verhandlungen über die Einführung einer neuen Pharmakopöe und einer neuen Arzneitaxe in dem Großherzogthume Sachsen-Weimar-Eisenach. Mit Genehmigung des Großherzoglichen Staatsministeriums mitgetheilt**

von  
**Dr. C. Vogel,**

Geheimen Hofrath und Leibarzte, Sachreferenten in der Großherzoglichen Landesdirection zu Weimar, Ehrenmitglieder des norddeutschen Apothekervereins.  
Nebst einem Anhang.

Seit dem 1. September 1837 ist in dem Großherzogthume Sachsen-Weimar-Eisenach die fünfte Ausgabe der Königlich Preussischen Pharmakopöe mit einigen wesentlichen Modificationen und seit dem 1. Januar 1841 eine neue Arzneitaxe in gesetzliche Wirksamkeit getreten. Dem letztern Gesetze liegt zwar die Königlich Preussische Arzneitaxe vom Jahre 1838 zum Grunde; jedoch bietet dasselbe wenigstens eine sehr wichtige Abweichung davon dar, indem es den Verkauf unter der Taxe gestattet. Deswegen hat es denn auch schon hier und da Anfechtungen erfahren, z. B. in dem Archiv der Pharmacie des Apothekervereins in Norddeutschland.

S. Jahrgang 1840. Bd. 21. Heft 3. S. 257.

Die Mittheilung der amtlichen Hauptverhandlungen über beide Gesetze wird hoffentlich zur Rechtfertigung der angenommenen Grundsätze dienen und auch für die Wissenschaft nicht ohne Interesse sein.

Schon seit einer Reihe von Jahren machte sich das Bedürfnis einer zeitgemäßen Arzneitaxe im Großherzogthume sichtbar. Im Jahre 1823 geschahen deshalb in der Großherzoglichen Landesdirection, der Landes-Obermedicinalbehörde, welcher mehrere technische Räthe beigegeben sind, aus Veranlassung der damals erschienenen Königlich Sächsischen neuen Arzneitaxe, entschiedenere Schritte deshalb. Mancherlei Umstände verhinderten jedoch den Fortgang der schon ziemlich weit gediehenen Vorarbeiten.

Durch ein höchstes Rescript vom 17. August 1830, welches der Landesdirection gutachtlichen Bericht darüber abforderte, ob nicht die damalige Preussische Apothekertaxe, (vom Jahre 1815) nebst den von Zeit zu Zeit im Königreich Preussen erscheinenden Preisbestimmungen, vielleicht unter jedesmaliger Verminderung um  $\frac{1}{3}$ , auch für die diesseitigen Apotheker zweckmäßig in Anwendung gebracht werden könnten?

erhielt die Sache eine neue Anregung.

Die Landesdirection glaubte indessen, nach desfallsiger Vernehmung der einsichtsvollsten Physiker und Apotheker in den verschiedenen Landestheilen, sich um so mehr gegen diese Maßregel aussprechen zu müssen, da glaubwürdig verlautete, daß

in Preussen, binnen sehr kurzer Zeit eine, zum Theil nach veränderten Grundsätzen umgearbeitete Apothekertaxe in Kraft treten würde, was vorerst abzuwarten räthlich schien.

Diese Ansicht fand höchsten Ortes Beifall und somit ruhete die Sache, bis unter dem 29. Januar 1832 der Verfasser des gegenwärtigen Aufsatzes einen vorläufigen Antrag stellte, nach dessen Genehmigung er unter dem 9. April 1832 folgenden Vortrag bei dem Collegium eingab.

Durch die Medicinalordnung vom 11. Januar 1814. §. 30. ist »das Preussische Dispensatorium mit Juch's — (in der Medicinalordnung, l. c. steht Fuch s als Schreib- oder Druckfehler) — Anmerkungen« in die hiesigen Lande gesetzlich eingeführt. Von Juch sind nur zwei Schriften bekannt, welche man bei Abfassung des gedachten §. der Medicinalordnung im Sinne gehabt haben kann. Beide, wenngleich in gewisser Beziehung als Ausgaben eines und desselben Werkes zu betrachten, weichen in ihrem Inhalt, wie in der Form, bedeutend von einander ab. Die eben angeführte Bezeichnung, welche die Medicinalordnung enthält, scheint auf die erste Ausgabe bezogen werden zu müssen, welche 1805 als eine mit Anmerkungen begleitete Uebersetzung der Preussischen Pharmacopöe vom Jahre 1804 herauskam. Dem Datum nach möchte man sich zu der Annahme versucht fühlen, es sei die zweite, 1808 in Nürnberg erschienene Ausgabe von dem Gesetzgeber gemeint worden. Diese führt den Titel:

»*Pharmacopoea rationalis*, oder gründliche Pharmacopöe« und ist eine eigenthümliche Arbeit Juch's, bei welcher die Preussische Pharmacopöe nur als Grundlage diente. Berücksichtigt man die hiernach vorhandene Undeutlichkeit des Gesetzes und die damaligen Zeitumstände, welche die Aufmerksamkeit der Behörden auf andere Gegenstände fortwährend ableiteten, so begreift man leicht, wie es geschehen konnte, daß weder das eine noch das andere Werk von Juch jemals als Landespharmacopöe in Wirksamkeit trat. Nach und nach, Anfangs ohne Widerspruch, später mit mehrfacher, unvermeidlicher und ausdrücklicher Einwilligung der Obermedicinalbehörde (z. B. in Rescripten der Landesdirection) nahm man allgemain die neueste Ausgabe des Preussischen Dispensatoriums als gesetzliche Norm für die Apotheken im Großherzogthume, hinsichtlich der Einrichtung ihres Arzneivorrathes, an, wie denn die dritte, 1813 publicirte und ihrer Vortrefflichkeit wegen sehr geschätzte Ausgabe der *Pharmacopoea Borussica* noch heutigen Tages von uns als Richtschnur anerkannt wird.

Hierbei hätte es auch ohne allen Schaden noch lange sein Bewenden behalten können. Allein mit dem ersten März laufenden Jahres ist in Preussen eine neue Ausgabe des dortigen Apothekerbuches in Gesetzes Kraft getreten und dieser Umstand nöthigt uns, bei Zeiten Bedacht zu nehmen auf Maafsregeln gegen Verwirrungen, welche sich leicht erneuern möchten, wenn dieser wichtige Gegenstand der Willkühr und der Unkunde der einzelnen Apotheker abermals überlassen würde, Verwirrungen, von welchen sich, wie dem hohen Collegio aus mehreren Vorträgen erinnerlich sein wird, hier und da schon Spuren gezeigt haben.

Nach reiflicher Ueberlegung muß ich mich für die Ein-

führung der neuesten Ausgabe der *Pharmacopoea Borussica* — (der fünften. Berlin 1829. Die vierte Auflage vom Jahre 1827 ist nur als Gesetzentwurf bekannt, an welchem man mit Recht Manches tadelte) — auch bei uns aussprechen und zwar aus folgenden Gründen.

Die fünfte Edition enthält, mit wenigen, vielleicht noch zweifelhaften Ausnahmen, Alles, was die dritte vortheilhaft auszeichnete. Hinsichtlich der Officinalformeln weicht sie nicht bedeutend ab und die wirklich abweichenden Vorschriften betreffen nur weniger gebräuchliche Mittel. Sie binden bekanntlich blofs den Apotheker, keineswegs den Arzt, welchem stets unbenommen bleibt, seine Mittel auf ihm beliebige Weise bereiten zu lassen.

Ferner bietet die neueste Ausgabe viele Beweise davon dar, daß die Verfasser derselben bei ihrer Arbeit die mannichfachen, während der Jahre von 1812 — 1828 gemachten Entdeckungen und Erfahrungen auf dem Gebiete der Naturwissenschaften und der praktischen Medicin, sorgfältig zu benutzen verstanden. Dadurch hat besonders der pharmakognostische Theil an Zuverlässigkeit bedeutend gewonnen. Erst neuerlich erprobte Mittel sind durch die neueste Ausgabe in den officinellen Arzneimittelvorrath aufgenommen worden, z. B. Chinin, Jodine.

Außerdem hat die fünfte Auflage vor der dritten noch nachstehend verzeichnete Vorzüge voraus:

- 1) Sie ist in zwei Theile zerfällt, von denen der erste diejenigen Mittel enthält, welche stets, der zweite diejenigen, welche nur unter bestimmten Umständen (z. B. wenn es ein Arzt, der gewöhnlich aus einer Apotheke verordnet, verlangt) vorrätbig sein sollen.
- 2) Zu den beibehaltenen Namen der Mittel sind die alten, allgemein bekannten und die Benennungen nach dem Berzelius'schen Systeme hinzugefügt worden, deren sich die Englische, Pariser, Schwedische, Oestereichische und Baiersche Pharmacopöe bedienen.
- 3) Bei den sogenannten heroischen Mitteln sind die äußersten Gaben, welche der Apotheker ohne ganz besondere, bestimmte, jeden Verdacht eines etwanigen Versehens entfernende Verordnung des Arztes verabreichen darf, genau angegeben worden. Dann finden wir
- 4) ein Verzeichniß der zur chemischen Prüfung der verschiedenen Mittel zu adhibirenden Reagentien, nebst Vorschriften über deren zweckmäßige Zubereitung, Aufbewahrung und Anwendung.
- 5) Eine Tabelle, welche angiebt, in welchen Verhältnissen Blausäure, Opium, Quecksilber und Spießglanz in den verschiedenen Compositionen als Bestandtheile enthalten sind.
- 6) Ein Verzeichniß derjenigen Arzneimittel, welche der Arzt zum innerlichen Gebrauche nicht verschreiben soll, ohne Hinzufügung eines besondern, bestimmten Zeichens, damit der Apotheker stets sicher sein könne, daß bei der Verordnung kein Versehen obgewaltet habe.
- 7) Eine Tabelle, welche diejenigen specifischen Gewichte der Arzneimittel angiebt, welche bei den Revisionen der Apotheken zu untersuchen sind und

- 8) ein Verzeichniß derjenigen Arzneimittel, welche vorsichtig und von den übrigen abgesondert aufbewahrt werden müssen.

Wenn nun die fünfte Edition der *Pharmacopoea Borussica* allerdings auch einen erheblichen Fehler darbietet, indem unter die stets vorrätig zu haltenden Mittel viele aufgenommen worden sind, die nur von einzelnen Aerzten gebraucht werden und dabei leicht verderben, woraus dem Apotheker und dem Publikum mancher vermeidliche, wenigstens pecuniäre Nachtheil erwachsen muß: so wird dieser Fehler doch einerseits durch die bedeutenden Vorzüge überwogen und andernteils ist demselben durch eine besondere Bestimmung ohne alle Schwierigkeit abzuhelpen. S. Beilage sub \*).

Die Einführung der neuesten Ausgabe des preussischen Dispensatoriums würde nun auch noch mit folgenden Vortheilen für uns verknüpft sein:

- 1) Wir sind dann im Stande, uns jederzeit die erforderliche Anzahl von Exemplaren mit einem geringen Aufwande von Kosten und Mühe verschaffen zu können. Wollten wir etwa die dritte Auflage beibehalten, so würde dieser Punkt vielerlei Schwierigkeiten verursachen.
- 2) Es würden Verwirrungen vermieden, welche bei dem statt findenden ärztlichen Gränzverkehr leicht entstehen könnten, wenn wir ein anderes Apothekerbuch hätten, als das in Preußen gültige.
- 3) Endlich und vorzüglich können wir durch die Einführung der neuesten Ausgabe des Preussischen Apothekerbuches zu einer passenden Arzneytaxe gelangen. In Preußen ist nämlich gleichzeitig mit der neuesten Pharmacopöe auch eine neue Arzneytaxe erschienen, bei deren Berechnung natürlich diese Ausgabe zu Grunde gelegt worden ist und deren Sätze, wie mich eine genaue Untersuchung gelehrt hat, schon jetzt mit den bei uns üblichen Preisen, ziemlich übereinstimmen und gewiß ganz übereinkommen werden, sobald der Anschluß des Großherzogthums an das Preussische Zollsystem erfolgt.

Es versteht sich von selbst, daß mit Einführung der Preussischen Taxe, auch das Preussische Medicinalgewicht angenommen werden muß, welches sich zu dem bei uns üblichen (Nürnberg) Medicinalgewicht ungefähr wie 53 zu 52 verhält.

S. M.

Dr. Vogel.

Das Collegium beschloß hierauf, vorerst noch abzuwarten, wie sich die neueste Ausgabe der Preussischen Pharmacopöe bewähren würde.

Nunmehr zunächst erklärte unter dem 1. Februar 1836 der Landtag des Großherzogthums:

es habe sich ihm während seiner dermaligen Versammlung die Nothwendigkeit der Einführung einer vollkommenen Apothekertaxe in allen Theilen des Großherzogthums, auf das Lebhafteste dargestellt.

Um diesem Mangel abzuhelpen, bitte der getreue Landtag,

---

\*) Diese Beilage enthielt das weiter unten folgende öffentlich bekannt gemachte Verzeichniß von Arzneimitteln.

dafs ihm während seiner nächsten ordentlichen Versammlung der Entwurf einer Apothekertaxe zur Prüfung und verfassungsmässigen Erklärung vorgelegt werden möchte.

Die Großherzogliche Landesdirection von der höchsten Behörde demgemäss angewiesen, erforderte von dem mit der Visitation der Apotheken im Großherzogthume inzwischen beauftragten Herrn Hofrath Professor Dr. Wackenroder zu Jena ein Gutachten über die Einführung der fünften Ausgabe der Preussischen Pharmacopöe und der Preussischen Arzneitaxe.

Dieses Gutachten, eine eben so interessante als sehr gründliche Arbeit, deren vollständige Mittheilung ihr Hr. Verfasser nicht wünschte, sprach sich im Wesentlichen folgendermassen aus:

1) Unter allen Pharmacopöen ist die 5te Ausgabe der Preussischen die für unser Land brauchbarste.

2) Die Annahme des Preussischen Medicinalgewichts ist damit unzertrennlich verbunden.

3) Nach Annahme der Preussischen Pharmacopöe ist auch die Annahme der Preussischen Arzneitaxe, so wie dieselbe gegenwärtig im Königreich Preussen gültig ist und im Laufe der Jahre gesetzlich abgeändert wird, am meisten zu wünschen.

4) Die Abzüge, welche die Apotheker im Preussischen bei ihren Rechnungen für Armenanstalten und öffentliche Anstalten zu machen gehalten sind, können auch von unsern Apothekern verlangt werden, nicht etwa in Folge der Anerkennung der Grundsätze, nach welchen solche Abzüge überhaupt gemacht werden, sondern lediglich darum, weil bei der Abfassung der Preussischen Taxe diese Abzüge mit in Anschlag gebracht worden sind.

5) Die genaue Befolgung der Taxe, welche weder ein höheres, noch ein niedrigeres Taxiren der Medicamente gestattet, muß zur unerläßlichen Bedingung gemacht werden. Jedoch kann ein Preisansatz *unter* den Taxpreisen vielleicht zu 25 Procent bei Recepten statuiert werden, wenn das Wort »Armentaxe« auf die Recepte dem, wie immer mit deutlichen Zahlen nach dem Courantgelde geschriebenen Preise hinzugefügt wird. Dieses als Mittel nachtheiligen Unterschleifen vorzubeugen. Ein Gratisausgeben der Arzneien kann natürlich nirgend verwehrt werden.

6) Die nothwendigen Preisveränderungen, so wie dieselben halbjährlich\*) von Berlin ausgehen, oder für das Großherzogthum insonderheit nöthig befunden werden, sind alle Neujahr — öfter scheint es unnöthig — durch die Zeitungen zu publiciren, und die Apotheker sind bei strenger Ahndung verbindlich zu machen, diese Preisveränderungen in ihren Exemplaren der Taxe nachzutragen.

7) Damit dieses Nachtragen möglich werde, ist die Nachlieferung von Nachträgen für die Taxe in einzelnen Heften, wie es jetzt im Preussischen geschieht, gänzlich zu verlassen, und dafür die Druckeinrichtung der Taxe von 1815 zu restituiren.

Um diese höchst zweckmässige, ja einzig und allein mögliche Einrichtung zur Erlangung einer stets gleichförmigen Arzneitaxe beizubehalten, muß wahrscheinlich eine hinreichende Anzahl von Exemplaren der Taxe, welche auf 6 oder 8 Jahre

\*) Jährlich. Br.

brauchbar sind, gedruckt werden, wobei sich keine Hindernisse voraussetzen lassen.

8) Die Preise der Arzneimittel würden entweder nach Silbergroschen, oder nach dem Sächsischen Münzfuß zu stellen sein, weil schwerlich ein anderer Münzfuß den Gebrauch der Taxe erleichtern würde.

Die nachstehenden Actenstücke sind ohne weitere Erläuterung hinreichend verständlich.

Weimar, den 9. März 1837.

#### Durchlauchtigster etc.

Durch höchstes Rescript vom 11. März 1836 sind wir, mit Hinweisung auf das gnädigste Rescript vom 14. December 1830, die Einführung der Königl. Preussischen Apothekertaxe betreffend, befehligt worden, eine neue Taxe für die sämmtlichen Apotheken des Großherzogthums zu entwerfen und noch vor Ablauf des vergangenen Jahres berichtet vorzulegen.

Dafs wir dieser höchsten Anweisung nicht früher vollständig nachgekommen sind, geruhen Eure Königliche Hoheit huldreichst mit der aus den Acten erhellenden Schwierigkeit des Gegenstandes an und für sich, so wie mit den mannichfaltigen, nur nach und nach sich ergebenden Verschränkungen entschuldigt sein zu lassen, durch welche die Bearbeitung einer neuen Arzneitaxe und die uns gleichzeitig übertragene Ausarbeitung einer umfassenden neuen Medicinalordnung, insbesondere der die Apothekerordnung bildenden Theils derselben, einander wesentlich bedingen.

Ehe zur Ausarbeitung einer neuen, oder zur Adoption einer bereits vorhandenen Apothekertaxe geschritten werden konnte, mußten nothwendig die auf die Taxpreise den wichtigsten Einfluß übenden Vorschriften über die Art, Menge, Zubereitung, Aufbewahrung und über die Erfordernisse der von den Apothekern des Großherzogthums zu führenden Arzneien festgestellt werden. Es war daher zunächst die Frage zu beantworten:

auf welche Pharmakopöe soll die neue Apothekertaxe gegründet werden?

Welche Verwirrung durch ein Zusammentreffen der verschiedenartigsten Ereignisse hinsichtlich der im Großherzogthume als gültig anzusehenden Pharmakopöe nach und nach entstanden ist, findet sich Bl. der Acten \*), auf die wir uns der Kürze wegen zu beziehen erlauben, ausführlich dargelegt. Diese Verwirrung hat, wie sich namentlich auch bei fast allen neuerlich angestellten Apotheken-Visitationen ergab und wie zum Theil auch aus dem Bl. der Acten ersichtlichen Promemoria unsers Collegen, des Geheimen Hofraths Dr. Stark und aus dem Berichte des Hofraths Dr. Wackenroder zu Jena hervorgeht, im Laufe der letzten Jahre in so bedeutendem Maafse zugenommen, dafs sie die Zuverlässigkeit der ausübenden Heilkunst in der That auf bedenkliche Weise zu gefährden droht. Es dürfte daher nunmehr, nachdem alle hierzu erforderlichen Vorarbeiten beendet scheinen, mit der Beseitigung der vorhandenen Ungewißheit nicht länger zu zögern sein.

Dem gedachten Zustande kann auf zweierlei Wegen abgeholfen werden, nämlich entweder

\*) S. oben den Vortrag von 9. April 1832.

- I. durch Ausarbeitung einer eigenen neuen, oder  
 II. durch (bezüglich modificirte) Annahme einer bereits vorhandenen, fremden Pharmakopöe.

Erwägen wir

ad I.

1) dafs die Ausarbeitung einer dem gegenwärtigen Standpunkte der Wissenschaft in höherm Grade, als irgend eins der bereits bestehenden Apothekerbücher, entsprechenden Pharmakopöe Schwierigkeiten darbietet, die mit den uns zu Gebot gestellten Mitteln kaum und jedenfalls nur mit einem ganz unverhältnismäßigen Aufwande von Zeit, Kräften und Geld zu überwinden sein möchten;

2) dafs fremde Pharmakopöen existiren, welche, wenigstens in der Hauptsache, allen billigen Anforderungen genügen, und dafs es

3) der Heilkunst im Allgemeinen nicht vortheilhaft ist, die schon in Deutschland vorhandene Ueberzahl verschiedener Apothekerbücher noch um Eins zu vermehren;

so vermögen wir nicht, uns für die Wahl dieses Weges auszusprechen.

Ziehen wir

ad II.

dagegen in Betracht,

1) dafs die Preussische Pharmakopöe, nur mit Ungewissheit der Ausgabe, im Großherzogthume schon gesetzlich eingeführt ist (Apothekerordnung vom 2. Juli 1805. §. 9. Medicinalordnung vom 11. Januar 1814. §. 30.);

2) dafs die neueste (in deutscher Uebersetzung hier beiliegende fünfte) Ausgabe dieser Pharmakopöe nicht allein fast Alles enthält, was die zu ihrer Zeit (1815) mit beinahe ungetheiltem Beifall aufgenommene dritte Ausgabe (die vierte Ausgabe erhielt niemals Gesetzeskraft) vortheilhaft auszeichnete, sondern auch außer andern, nicht unbedeutenden Vorzügen vor der dritten Ausgabe den höchst wesentlichen Vorzug voraus hat, dem gegenwärtigen Standpunkte der Wissenschaft in weit höherem Grade zu entsprechen;

3) dafs die fünfte Ausgabe, auch nach dem competenten Urtheile des Hofraths Dr. Wackenroder, unbezweifelt die vorzüglichste der jetzt existirenden Pharmakopöen ist, obschon auch ihr einige Mängel und besonders Unbequemlichkeit der Einrichtung nicht ohne Grund vorgeworfen werden; dafs jedoch

4) a) der bedeutendste Fehler (indem, zur unnöthigen Beschwerde der Apotheker, unter den stets und überall vorrätzig zu haltenden Mitteln sich viele aufgenommen finden, die entweder nur hier und da von einigen Aerzten verordnet zu werden pflegen [dabei zum Theil leicht verderben, zum Theil sehr kostbar sind], oder solche Mittel, die zwar häufiger gebraucht werden, aber vorrätzig gehalten sich leicht zersetzen und jederzeit schnell bereitet werden können, oder die endlich bloße Luxusmittel sind) — in der bei dem heutigen Schlufsvortrage durch die uns beigegebenen ärztlichen Mitglieder einstimmig genehmigten Bl. 138<sup>b</sup>. und 140. der Acten ausführlich dargelegten Weise \*) leicht zu heben ist; dafs

\*) S. oben den Vortrag des Verf. vom 9. April 1832.

b) die etwa weniger zu billigenden Vorschriften über die Bereitung eines und des andern Mittels nur den Apotheker binden, nicht aber den Arzt, dem es frei steht, zu fordern, daß jedes von ihm verordnete Mittel auf ihm beliebige Weise bereitet werde, und daß

c) die Unbequemlichkeit der Einrichtung bei einem (wie er hier in der Natur der Sache liegt) längeren Gebrauche allmählig immer weniger fühlbar wird;

5) daß a) die neueste Ausgabe der Preussischen Pharmakopöe nicht nur fast allen neuen norddeutschen Pharmakopöen zum Grunde liegt, namentlich der, jedoch minder vorzüglichen, Königl. Sächsischen vom Jahre 1837, sondern auch

b) nach einer mündlichen Versicherung des Hofraths Buchner aus München, der auf das Apothekerwesen im Königreiche Baiern einen gewichtigen Einfluß übt, auch dort künftig die Vorschriften über die Nomenclatur, über das Gewicht und über die nicht chemische Zubereitung der Mittel mit den dieserhalb in Preussen gültigen Bestimmungen in Einklang gebracht werden sollen, und daß

c) die neueste Ausgabe der Preussischen Pharmakopöe im Herzogthume Sachsen-Meiningen bereits als Landesgesetz besteht;

daß mithin (weil voraussichtlich, nach diesseitigem Vorgange, auch die noch übrigen Nachbarstaaten [Kurfürstenthum, das eine eigene, aber ähnliche Pharmakopöe besitzt, ausgenommen], mit Annahme der mehrgedachten Ausgabe, gewiß nicht mehr länger zurückbleiben werden), daß mithin Hoffnung vorhanden ist, auf einem großen Terrain diejenige Gleichförmigkeit der Apothekervorschriften zu erzielen, welche sich überhaupt, besonders aber für das Großherzogthum, wegen des durch seine geographische Eigenthümlichkeit bedingten Wichtigkeit des ärztlichen Gränzverkehrs, so wünschenswerth darstellt; und endlich

6) daß die Annahme der oft bezeichneten Ausgabe auch noch den Vortheil darbietet, uns die erforderliche Anzahl von Exemplaren mit einem verhältnißmäßig geringen Aufwande von Kosten und Mühe verschaffen zu können;

so müssen wir pflichtmäßig unterthänigst in Antrag stellen, daß die fünfte Ausgabe der Königl. Preussischen Pharmakopöe vom Jahre 1829, und zwar in dem lateinischen Originaltexte, jedoch mit den oben sub 4. a) angedeuteten und Bl. — und — der Acten ausführlich entwickelten Modificationen, ehebaldigst als bindende Norm für die Apotheker des Großherzogthums eingeführt werde.

Nachdem wir vorstehender Maassen die nöthige Grundlage gewonnen haben, können wir nunmehr mit Sicherheit die Frage wegen Einführung einer neuen Apothekertaxe näher ins Auge fassen.

Apothekertaxen sollen das Publikum gegen Uebertheuerung schützen und den Apothekern einen angemessenen Gewinn sichern. Sie müssen, wie bereits oben dargethan, nach der Landespharmakopöe berechnet werden.

Diesen Anforderungen entspricht, seitdem die auf die Ansätze natürlich den bedeutendsten Einfluß übenden, diesseitigen Zollverhältnisse den Preussischen gleichen, die neueste Königl.



Preussische Arzneitaxe vom Jahre 1833, von welcher wir ein Exemplar beilegen, im Allgemeinen auch für das Großherzogthum.

Der eine erhebliche Vorwurf, welchen man dieser Taxe überhaupt gemacht hat: die Apotheker vermöchten nicht bei derselben zu bestehen, findet auf die Apotheker des Großherzogthums keine Anwendung. Denn wie uns amtlich zur Genüge bekannt ist, haben die letztern ihre Preise bisher weder höher gestellt, als die fragliche Taxe gestattet — vielmehr meistens etwas niedriger — noch haben ähnliche Verhältnisse, wie diejenigen, welche in Preussen die zahlreichen Reclamationen gegen die neue Taxe eigentlich veranlassten, auf unsere Apotheker jemals eingewirkt. In Preussen bestand nämlich bis zum Jahre 1832 die um 20 Procent höhere Arzneitaxe vom Jahre 1815 und neben ihr, wie noch jetzt, das Verbot, unter der Taxe zu verkaufen. Dem zu Folge stiegen die Kaufpreise, welche für Apotheken gezahlt wurden, ins Unglaubliche. Zu solchen übertriebenen Preisen war in dem beinahe 18jährigen Zeitraume der Wirksamkeit dieser Taxe begreiflich eine sehr große Anzahl Apotheken in andere Hände übergegangen. Es konnte daher nicht fehlen, daß eine entsprechende Anzahl Apotheker auf das lauteste gegen die neue Taxe reclamirten, durch welche wenigstens der fünfte Theil des auf die Acquisition ihrer Officinen verwendeten Capitals ohne alle Rettung verloren ging.

Zeigt sich somit auf der einen Seite die Besorgniß einer Gefährdung der Apothekernicht begründet, so ist auch auf der andern Seite nicht zu befürchten, daß das Publikum nach Einführung der neuesten Preussischen Taxe die Arzneien theurer werde bezahlen müssen, als bisher, wenn — worauf wir hiermit submissen antragen — die bereits erwähnte Bestimmung der Königl. Preussischen Taxordnung, daß die Apotheker bei empfindlicher Strafe nicht unter der Taxe verkaufen sollen, diesseits nicht adoptirt, vielmehr der Concurrenz, wie bisher, nur mit Festsetzung eines Maximums der Preise, freier Spielraum gönnt wird.

Zur Begründung der in Rede stehenden Königl. Preussischen Gesetzesbestimmung äußert sich das Königl. Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten in einem Rescripte an die Königl. Regierung zu Arnberg d. d. 22. Juli 1819 folgendermaßen: bei Ausarbeitung der Arzneitaxe hat nicht bloß die Absicht zum Grunde gelegen, das Publikum gegen Uebervortheilung von Seiten der Apotheker, rücksichts der Preise zu sichern, sondern auch zu verhindern, daß die Apotheker nicht gegenseitig durch Erniedrigung der Preise, zum Nachtheil ihrer Waaren, ihren Absatz zu erweitern suchen. Es ist nämlich anerkannt, wie schwer in schon bereiteten Arzneien die Güte der dazu verwendeten Mittel zu beurtheilen ist, und daher zu befürchten, daß das Publikum durch schlechte Arzneien hintergangen wird, sobald die Apotheker, um Concurrenz zu halten, genöthigt werden, unter der Taxe zu verkaufen. (Augustin, die K. Pr. Medicinalverfassung III. S. 69.)

Allein auch abgesehen

a) von der Unmöglichkeit einer zuverlässigen Controle der Befolgung dieser Anordnung und

b) davon, daß im Großherzogthume nur fünf Orte (Weimar, Eisenach, Jena, Neustadt an der Orla und Ostheim) mit meh-

reren und zwar mit je zwei Apotheken, von denen die eine die andere hinsichtlich der Arzneipreise mit einigem Erfolge herunter zu drücken allenfalls vermöchte, vorhanden, dagegen die große Mehrzahl der Apotheken nach der augenfälligen Bequemlichkeit der Einwohner einzeln vertheilt sind und deshalb von benachbarten Apotheken nicht leicht eine Schmälerung ihres Erwerbes zu fürchten haben;

liegt es auf der Hand, daß die fragliche Bestimmung schon an und für sich zur Erfüllung ihres angegebenen Zweckes wenig geeignet ist. Denn was bürgt dafür, daß gewissenlose Apotheker — und nur gegen solche kann sie gerichtet sein — ungeachtet sie die Taxpreise bezahlt erhalten, nicht dennoch schlechte Waare liefern, um sich zu bereichern?

Es giebt außer der beständigen Aufsicht der Behörden, des heilkundigen Personals und des Publikums, und außer der Furcht, das Vertrauen einzubüßen und sich unnachsichtlichen, strengen Strafen auszusetzen, keine Mittel, gewissenlose Apotheker zur Verabreichung nur tüchtiger Arzneien anzuhalten. Indessen sind gewissenlose Apotheker heut zu Tage wirklich viel seltener, als man häufig glaubt, und es ist selbst den verschmitztesten nicht leicht, sich den für sie immer sehr empfindlichen Folgen ihrer Pflichtwidrigkeiten lange zu entziehen. Im Gegentheil findet man unter den Apothekern — bekanntlich häufig den angesehensten unter ihren Ortsbürgern — ein reges Pflicht- und Ehrgefühl sehr allgemein, mindestens ganz gewiß nicht weniger verbreitet, als in irgend einem andern Stande.

Endlich darf doch auch nicht übersehen werden, daß sämtliche Apotheker besonders verpflichtet werden, und daß man keinen triftigen Grund hat, in ihren Pflichteide ein geringeres Vertrauen zu setzen, als in den Pflichteide anderer Staatsbürger.

Wir beantragen demnach hierdurch submisses die Annahme der neuesten Königl. Preussischen Arzneitaxe vom Jahre 1833, die seitdem bekannt gemachten Nachträge und Abänderungen mit eingeschlossen. Dabei empfehlen wir, außer den bereits erwähnten, der höchsten Berücksichtigung noch folgende Punkte:

1) Die Taxe würde am zweckmäßigsten als Großherzoglich Sächsische Apothekertaxe in einer angemessenen Anzahl von Exemplaren und zwar mit Befolgung der Druckeinrichtung der beiliegenden Königl. Preussischen Taxe vom Jahre 1815 besonders abzudrucken sein.

Diese Einrichtung macht das Nachtragen der jährlichen Preisveränderungen auf eine sowohl für den täglichen Gebrauch sehr wünschenswerthe, als auch die Controle erleichternde, übersichtliche Weise möglich.

2) Das Publicandum am Eingange wäre durch ein den diesseitigen Verhältnissen entsprechendes zu ersetzen. In diesem dürfte es schicklich sein, zu erwähnen, daß die Taxe auf der Preussischen beruhe.

3) Von der ersten allgemeinen Bestimmung fiele der zweite Satz weg, und es wäre an seiner Statt die Bestimmung aufzunehmen, daß sich bei Arzneilieferungen für Rechnung öffentlicher Cassen die Apotheker zu Weimar, Eisenach und Jena einen Rabatt von 15 pC., die Apotheker in anderen Städten mit 2000 Einwohnern und darüber von 10 pC. und die übrigen Apo-

thecker einen Abzug von 6 pC. gefallen lassen müssen. (cf. §. 26. der Apothekerordnung vom 2. Juli 1805.)

4) Die Annahme der künftig jährlich in Preussen publicirten Preisveränderungen dürfte von dem jedesmaligen Ermessen des unterzeichneten Collegiums als Ober-Medicinalbehörde abhängig zu machen sein. Sie erhielten im Großherzogthume nur insofern Gültigkeit, als sie zu diesem Behuf von uns öffentlich bekannt gemacht worden sein würden.

5) Die Preisansätze wären nach Preussischem Courant auszuwerfen. Den Apothekern könnte indessen dabei nachgelassen werden, sich bei ihrem Geschäft des in ihrem Wohnort im gewöhnlichen Verkehr üblichen Münzfusses zu bedienen, nur hätten sie alle zur Festsetzung gelangenden Liquidationen nach Preussischem Courant zu berechnen.

6) Zugleich mit der Preussischen Taxe muß nothwendig auch das Preussische Apothekergewicht eingeführt werden. Dasselbe verhält sich zu dem bei uns bisher üblichen Nürnberger Apothekergewicht wie 53 zu 52.

7) Der Zeitpunkt, an welchem sowohl die Pharmakopöe, als auch die Taxe und mit dieser das Preussische Apothekergewicht in Wirksamkeit treten sollen, könnte unsers Ermessens auf drei Monate nach der Bekanntmachung der desfallsigen höchsten Entschliessungen anberaumt werden. Die Dringlichkeit einer bestimmten Ordnung in diesen Stücken scheint uns unverkennbar genug, um, falls etwa Ew. Königliche Hoheit gegen die sofortige definitive Sanctionirung unserer ehrverbiegsten, im Grunde doch nur die Disciplin der Apotheker betreffenden Anträge Bedenken beigehen sollten, wenigstens die unverweilte provisorische Genehmigung derselben allenthalben zu rechtfertigen.

Schließlich haben wir hier noch der Verdienste rühmend zu erwähnen, welche sich, nach Ausweis der Acten, der Hofrath Dr. Wackenroder zu Jena, ohne nähere Verpflichtung dazu, auch um den vorliegenden Gegenstand erworben hat.

Der höchsten Entschliessungen gewärtig bestehen wir etc.  
Landes-Direction.

---

Wir genehmigen es, auf den Bericht unserer Landesdirection vom 9. v. M., daß die fünfte Ausgabe der Königl. Preussischen Pharmakopöe vom Jahre 1829 in dem lateinischen Originaltexte, jedoch mit den beantragten Modificationen, als eine von den Apothekern des Großherzogthums zu befolgende Instruction angenommen und eingeführt werde; auch finden Wir nichts dagegen zu erinnern, wenn Unsere Landesdirection es für angemessen erachtet, schon jetzt bei Prüfung und Feststellung der Apotheker-Rechnungen die Königl. Preussische Arzneitaxe vom Jahre 1833 und die später von der Königl. Preussischen Regierung bekannt gemachten Preisveränderungen mancher Arzneimittel als Anhalt zu benutzen.

Bevor jedoch diese Taxe als ein nicht bloß die Apotheker, sondern auch die Abnehmer ihrer Arzneimittel verbindendes Gesetz in dem Großherzogthum eingeführt wird, wollen Wir hierüber dem Landtage, seinem Antrage entsprechend, eine Mittheilung machen lassen, und befehlen zu diesem Behuf Unsere

Landesdirection, die Taxe, nebst dem Entwurfe einer Bekanntmachung und die Acten zu Michaelis d. J. wieder berichtlich vorzulegen.

Daran geschieht Unser Wille und Wir bleiben der Landesdirection in Gnaden gewogen.

Weimar, den 7. April 1837.

Carl Friedrich, Großherzog von Sachsen.

### *Bekanntmachung.*

Auf höchsten Befehl soll die fünfte Ausgabe der Königl. Preussischen Pharmacopöe in dem lateinischen Originaltexte, welcher unter dem Titel:

*Pharmacopoea Borussica. Editio quinta. Berolini 1829.*

erschienen und durch den Buchhandel zu beziehen ist, als eine die sämtlichen Apotheker in dem Großherzogthume bindende Norm, jedoch mit den weiter unten angegebenen Abänderungen, eingeführt werden und vom 1. Sept. d. J. an in Wirksamkeit treten.

Mit Beziehung auf die §§. 23. u. 29. der Apothekerordnung vom 2. Juli 1805 und des §. 30. der Medicinalordnung vom 11. Jan. 1814 machen wir dieses den Apothekern, so wie den betheiligten Großherzogl. Behörden, imgleichen den ausübenden Medicinalpersonen in dem Großherzogthume, zur Nachricht und bezüglich zur Nachachtung hierdurch bekannt und weisen die Polizei-Unterbehörden zugleich an, noch besonders dafür Sorge zu tragen, daß die praktischen Aerzte, Wundärzte und Thierärzte ihres Bezirkes von dem Inhalte gegenwärtiger Bekanntmachung möglichst bald genaue Kenntniß erhalten.

Was die oben angedeuteten Abänderungen der genannten Pharmacopöe betrifft, so bleibt

- 1) den Apothekern des Großherzogthums nachgelassen, folgende Medicamente, obschon sie in dem ersten Theile der jetzt eingeführten *Pharmacopoea Borussica*, also unter den Mitteln, welche stets vorhanden sein müßten, verzeichnet sind, nur auf ausdrückliches Verlangen der, nach Maßgabe des §. 23. der Apothekerordnung dazu berechtigten Medicinalpersonen vorrätzig zu halten:

### *A. Simplicia.*

*Ambra grisea, Asari radix, Asphaltum, Aurum foliatum, Balsamum toltutanum, Berberidum baccae, Bryoniae radix, Coccionella, Mororum fructus, Origani cretici herba et oleum, Sanguis draconis. Tacamahaca, Thymi oleum, Vanilla.*

### *B. Praeparata et Composita.*

*Acidum benzoicum, Aqua aromatica, Aqua asae foetida, Aqua asae foetida composita, Aqua cerasorum amygdalata, Aqua citri, Aqua rutae, Aqua menthae piperitae vinosa, Calcaria sulphurato-stibata, Cinchonum sulphuricum, Elixir e succo liquiritiae, Emplastrum fuscum, Extractum levistici, Extractum salicis, Extractum ferri pomatum, Extractum nucum juglandis, Gas acidi carbonici, Gas oxymuriaticum, Liquor natri caustici, Oleum absynthii aethereum et coctum, Oleum corticum aurantiorum, Oleum calami, Oleum chamomillae aethereum, Oleum chamomillae citratum, Oleum chamomillae coctum, Oleum rutae, Oleum nucum juglandis, Oleum*

*cajaput, Oleum galbani, Oleum myrrhae, Syrupus balsami peruviani, Syrupus berberidum, Syrupus mororum, Syrupus ribium, Syrupus rubi fruticosi, Syrupus succi citri, Syrupus chamomillae, Syrupus croci, Syrupus menthae, Syrupus sennae, Syrupus violarum, Syrupus zingiberis, Tinctura benzoës simplex, Tinctura benzoës composita, Tinctura croci, Tinctura hyoscyami, Tinctura ferri pomata, Tinctura scillae kalina, Tinctura succini.*

2) Auch sollen die Apotheker in dem Großherzogthume nicht verbunden sein, die nachstehenden Composita stets schon zusammengesetzt vorrätzig zu halten, vielmehr wird ihnen weiter nachgelassen, dieselben in jedem vorkommenden Falle erst frisch zu bereiten:

*Pulvis aromaticus, Pulvis glycyrrhizae compositus, Pulvis gummosus, Pulvis ipecacuanhae opiat, Species aromaticae, Species ad cataplasma, Species ad decoctum lignorum, Species ad fomentum, Species ad gargarisma, Species ad infusum pectorale, Species resolvers, Species ad suffiendum.*

3) Außerdem wird den Apothekern auch das Vorräthighalten anderer vorschriftsmässigen Mittel erlassen, in soweit als der zuständige Physikus deshalb von ihnen bescheinigt, dafs sie von den benachbarten Medicinalpersonen nicht verordnet zu werden pflegen.

Weimar, den 13. April 1837.

Großherzoglich-Sächsische Landes-Direction.

Bei Zurücksendung der mit Bericht vom 12. d. M. vorgelegten Acten befehlen Wir Unserer Landesdirection, einen zur Mittheilung an den getreuen Landtag geeigneten Gesetzentwurf über die Einführung einer neuen Arzneitaxe mit Zugrundelegung der in dem Berichte vom 9. März d. J. vorgeschlagenen, von Uns genehmigten Bestimmungen zu fassen und vor Ende des nächsten Monats berichtlich einzusenden. In den Entwurf ist die Bestimmung mit aufzunehmen, dafs die Rechnungen der Apotheker in dem an dem Wohnorte üblichen Courantmünzfusse zu stellen sind und dafs dabei in keinem Falle die in der Taxe in Preufs. Courant ausgeworfenen Ansätze überschritten werden dürfen.

Daran etc.

Weimar, am 24. Oct. 1837.

Carl Friedrich, Großherzog.

Gesetzentwurf.

Carl Friedrich, Großherzog etc.

Nachdem mittelst Bekanntmachung vom 13. April 1837 die fünfte Ausgabe der Königl. Preufs. Pharmacopöe, in dem lateinischen Text, als bindende Norm für sämtliche Apotheker im Großherzogthum eingeführt worden ist, finden Wir uns bewogen, nun auch eine neue, dem deshalb bemerkbar gewordenen Bedürfnisse entsprechende Apothekertaxe zu ertheilen, und verordnen demnach, zugleich auf den Antrag und mit Zustimmung des getreuen Landtags, wie folgt.

§. 1.

Vom . . . . . 1839 an tritt die nachstehende Apo-

thekertaxe für den ganzen Umfang des Großherzogthums in Wirksamkeit.

§. 2.

Von dem gedachten Tage (§. 1.) an haben die Apotheker sich zu ihrem pharmaceutischen Verkehr nur des dermaligen Königl. Preufs. Medicinalgewichts zu bedienen.

§. 3.

Von den Vorstehern der Apotheken sind alle Arzneirechnungen in dem an dem Sitze der Apotheker üblichen Münzfuß zu stellen, und sie dürfen hierbei die in der Taxe in Preufs. Courant ausgeworfenen Ansätze unter keiner Bedingung überschreiten; jedoch bleibt ihnen nachgelassen, im geeigneten Falle als den niedrigsten Preis eines verabreichten Mittels zwei Pfennige der jedesmaligen Landesscheidemünze des Großherzogthums zu berechnen.

§. 4.

Der Apothekervorsteher hat jedes in der Taxe nicht aufgeführte Mittel nach einem billigen Preise zu taxiren und solchen auf dem Recepte anzusetzen.

§. 5.

Im Falle, wenn in einem Recepte bestimmte, auf die Taxe Bezug habende Angaben einer Gewichtsmenge fehlen, müssen diese durch eine schriftliche Bemerkung von der Hand des Apothekenvorstehers ergänzt werden.

§. 6.

Von denjenigen Flüssigkeiten, welche in der Taxe mit einem Stern (\*) bezeichnet sind, werden 27, von allen übrigen 32 Tropfen auf den Scrupel, und so verhältnißmäßig weiter, berechnet.

§. 7.

In allen Fällen, wo Wasser zur Anfertigung einer Arznei verschrieben worden ist, deren Bereitung eine Filtration oder Colirung erfordert, findet der in der Taxe ausgeworfene Preis für *Aqua filtrata* keine Anwendung.

§. 8.

Jede Ueberschreitung der taxmäßigen Preisansätze (§§. 3. 4. 6. u. 7.) wird, neben der Abstreichung, bezüglich der Erstattung des Zuvielbetrags, mit dem sechsfachen Betrage desselben mindestens aber mit Einem Thaler Preufs. Courant bestraft. Es findet jedoch ein Antrag auf Ermäßigung einer bereits bezahlten Rechnung nur innerhalb eines Jahrs, vom Zahlungstage an gerechnet, statt.

§. 9.

Jede Unterlassung der in den §§. 2. u. 5. erteilten Vorschriften zieht eine Geldstrafe von Einem Thaler Preufs. Courant nach sich.

§. 10.

Diese Geldstrafen (§§. 8. u. 9.), welche zufolge der Bestimmung im §. 3. der Medicinalordnung vom 11. Jan. 1814 bis zu Zehn Thalern von den Ortspolizei-Behörden, über diesen Betrag hinaus aber von der Landesdirection zu erkennen sind, hat der Apothekenvorsteher vorbehältlich des Regresses an seine Untergebenen zur Landes-Medicinal-Polizeikasse zu erlegen.

## §. 11.

Bei Arzneilieferungen für öffentliche Kassen haben die Apotheker

- a) zu Weimar, Eisenach und Jena, einen Abzug von 15 Proc.,
- b) in Städten mit mehr als 2000 Einwohnern, einen solchen von 10 Proc.,
- c) in allen übrigen Orten des Großherzogthums aber einen Abzug von 6 Proc. an dem fraglichen Arzneipreise sich zu unterwerfen.

## §. 12.

Der Landesdirection bleibt überlassen, die künftig nöthigen Abänderungen der Preisansätze zu bestimmen und bekannt zu machen.

Weimar, den . . . . .

## Durchlauchtigster etc.! •

Durch höchstes Rescript vom 24. Octbr. v. J. wurden wir gnädigst angewiesen:

einen zur Mittheilung an den getreuen Landtag geeigneten Gesetzentwurf über die Einführung einer neuen Arzneitaxe, mit Zugrundelegung der in unserm Berichte vom 9. März v. J. vorgeschlagenen Bestimmungen abzufassen und vor Ende Novembers berichtlich einzusenden.

Dafs wir die vorgeschriebene Frist nicht eingehalten, wollen Ew. etc. huldreichst entschuldigen, theils weil wir wünschten, eine für das Jahr 1838 angekündigte, unter dem 10. April d. J. wirklich erschienene, neue Preufs. Arzneitaxe noch benutzen zu können, theils aber auch, weil wir für zweckmäfsig erachteten, in dem fraglichen Gesetzentwurfe auf den Entwurf einer neuen Medicinalordnung, welche Ew. etc. wir heute ebenfalls unterthänigst vorlegen, geeignete Beziehung zu nehmen.

Zu dem hier angefügten Gesetzentwurfe erlauben wir uns übrigens noch folgende submisseste Bemerkungen:

I. Zu §. 1. Der *Terminus a quo* könnte, ohne Beschwerde für die Apotheker, auf zwei Monate nach Publication des Gesetzes bestimmt werden.

II. Zu §. 3. In der hier beiliegenden Königl. Preufs. Arzneitaxe von 1833, — so wie in der gleichfalls angeschlossenen Taxe von 1838, — welche überhaupt von jener nur in den einzelnen Preisansätzen (sie enthält die neuesten) nicht in den Grundsätzen abweicht, — ist S. VI. das *minimum* eines Preises auf 3 Silberrpfennige festgestellt.

Wir halten es sowohl aus Rücksicht für das Publikum, als auch der Bequemlichkeit der Berechnung wegen für angemessen, dafür 2 Pfennige in der jedesmaligen Landesscheidemünze des Großherzogthums zu substituiren.

III. Was den Druck der neuen Taxordnung betrifft, bitten wir, mit Bezugnahme auf unsern unterthänigsten Bericht vom 9. März v. J.,

denselben unter unsere Leitung gnädigst zu stellen.  
etc.

etc. Landesdirection.

Auszug aus einer Erklärungsschrift des Landtags  
vom 18. Febr. 1839.

Nachdem der getreue Landtag zu der Einführung der Königl. Preufs. Arzneitaxe vom Jahre 1838 im Großherzogthume Sachsen-Weimar-Eisenach hiermit seine verfassungsmäßige Zustimmung ertheilt, bemerkt derselbe zu den einzelnen §§. des vorliegenden Gesetzentwurfes Folgendes:

Zu §. 2. Die Bestimmung der Annahme des Königl. Preufs. Medicinalgewichtes gehört wohl in die Apothekerordnung, wo sie sonst vergebens gesucht wird.

§. 3. würde für die Ansätze der Apothekertaxe der Preufs. Münzfuß zu nennen sein.

Die Bestimmung im §. 5. würde dahin zu erläutern sein, daß nur hinsichtlich der in der Wirkung gleichgültigen Mittel eine Ergänzung des Receipts durch den Apotheker statt finden darf, nach dem Beispiele des §. 62. der Hannöverschen Apothekerordnung.

Im §. 8. müßte es heißen: „Jede absichtliche Ueberschreitung der taxmäßigen Preisansätze.“

Im §. 9. wird die angedrohte Strafe zu §. 5. zu streichen sein.

Zu §. 11. beantragt der getreue Landtag folgenden gesetzlichen Rabatt an den Rechnungen der Arzneilieferungen für öffentliche Kassen:

- a) in Weimar, Eisenach und Jena 25 Procent;
- b) in Städten mit mehr als 2000 Einwohnern 15 Procent;
- c) in allen übrigen Orten des Großherzogthums 6 Procent.

Zu §. 12. endlich giebt der getreue Landtag es der hohen Staatsregierung anheim, die von Zeit zu Zeit Preussischer Seits erfolgenden Abänderungen der Apothekertaxe auch diesseits anzunehmen und durch Nachträge zu dem vorliegenden Gesetze bekannt zu machen, und giebt der getreue Landtag im Voraus zu derartigen Nachträgen und gesetzlichen Bekanntmachungen ausnahmsweise schon jetzt seine Zustimmung.

Auszug aus einem Berichte der Landesdirection  
an die höchste Behörde.

II. Die Apothekertaxe betreffend.

Der Landtag hat in der Erklärungsschrift vom 18. Februar 1839 seine verfassungsmäßige Zustimmung zu der Einführung der Königl. Preufs. Arzneitaxe vom Jahre 1838 im Allgemeinen ertheilt, den desfallsigen Gesetzentwurf, aber mit einigen Anträgen begleitet, auf welche wir uns im Nachstehenden näher einzugehen erlauben, indem wir zugleich einige Bemerkungen hinzufügen, welche uns außerdem noch beigegeben sind.

zu §. 2.

Die Bestimmung des Medicinalgewichtes gehört, unsres unmaßgeblichen Erachtens, wesentlich (wenigstens auch) in die Arzneitaxordnung, da sie lediglich auf die Preise der Mittel von Einfluß ist.

zu §. 3.

Der Antrag ist uns nicht recht verständlich; er wird sich indessen durch die umfassende Einführung des 14-Thalerfußes jedenfalls erledigen. §. 3. würde deshalb nunmehr folgendergestalt zu fassen sein:



Die Apotheker dürfen die in der Taxe enthaltenen Ansätze unter keiner Bedingung überschreiten, jedoch bleibt ihnen nachgelassen, als den niedrigsten Preis eines verabreichten Mittels, zwei Pfennige zu berechnen.

zu §. 5.

Der Ansicht des Landtages vermögen wir nicht beizutreten, denn die Fälle, in welchen der Arzt dem Apotheker die Bestimmung von Gewichtsmengen *unvermeidlich* überlassen muß, betreffen eben so wohl sehr wirksame, als gleichgültige Mittel. Dieser §. wird am angemessensten lauten:

Wenn dem Apotheker von einer verordnenden Medicinalperson die Bestimmung von Gewichtsmengen ausdrücklich, oder stillschweigend überlassen worden ist, so müssen solche Gewichtsmengen, so fern sie auf die Taxe Einfluß haben, nach ihrem wirklichen Betrage durch eine schriftliche Bemerkung von der Hand des Vorstehers der Apotheke auf dem Recepte angegeben werden.

zu §§. 8. und 9.

Wenn schon diese §§., (so wie theilweise §. 10.) jetzt vielleicht ganz wegfallen könnten, da die hier in Rede stehenden Vergehen im 17. Capitel des\*) Strafgesetzbuches vorgesehen sind, so halten wir doch die Beibehaltung dieser §§. wegen des in ihnen befindlichen genaueren Strafmaßes für rathsam.

Eventuell können wir uns

1) mit dem Antrage des Landtages zu §. 8., daß zu sagen sein möchte: „jede *absichtliche* Ueberschreitung nicht einverstehen, weil, aus nahe liegenden Gründen, hier die Absichtlichkeit wohl stets vermuthet werden muß, in jedem Falle aber wenigstens eine grobe Unachtsamkeit vorliegt, welche Disciplinarnahndung verdient.

Ferner vermögen wir

2) nicht einen Grund für den ständischen Antrag zu §. 9. aufzufinden. Vielmehr scheint uns die Androhung einer Ordnungsstrafe auch für das in §. 5. angedeutete Vergehen ganz angemessen.

zu §. 11.

Die in dem Gesetzentwurfe bestimmten Procentabzüge bestehen nach §. 26. der Apothekerverordnung vom 2. Juli 1805 schon längst. Die Apotheker sind daran gewöhnt und wir sehen keinen Grund, sie künftig ganz aufzuheben. Eine Erhöhung derselben, zumal in dem beantragten Maße, scheint uns aber, als eine neue Besteuerung der Apotheker unstatthaft, auch in mancher andern Rücksicht, namentlich in Bezug auf den Anreiz zum Gebrauch weniger guten Stoffe, nicht unbedenklich.

Sobald Ew. K. H. geruhen, Höchstdero Entschliessungen über obige Punkte uns zu eröffnen, wird eine neue Redaction des fraglichen Gesetzentwurfes in sehr kurzer Zeit erfolgen können. Einer Umarbeitung der Taxsätze bedarf es nicht, da die Königl. Preuss. Arzneitaxe bereits in dem 14-Thalerfusse ausgeworfen ist.

Die Arzneitaxe wurde zwar nicht in allen Exemplaren mit der Einrichtung zu mehrjährigen Nachträgen gedruckt, weil

\*) inzwischen unter dem 5. April 1839 eingeführten.

dies einen ganz unnützen Aufwand verursacht haben würde, indem nur die bei weitem kleinste Anzahl der Besitzer des Regierungsblattes, in welches die Arzneitaxe aufzunehmen war, jemals in den Fall kommen konnte, von Letzterer Gebrauch zu machen. Man liefs aber besondere, zum neunmaligen Nachtrage eingerichtete Abdrücke in hinreichender Anzahl fertigen und an die Medicinalbeamten unentgeltlich vertheilen. Andere Personen können sich einen solchen Abdruck für den Preis von 5 Sgr. verschaffen.

Das Gesetz lautet wie folgt:

Carl Friedrich, Großherzog etc.

Nachdem durch Bekanntmachung vom 13. April 1837 die fünfte Ausgabe der Königlich Preussischen Pharmacopöe, in dem lateinischen Texte, als bindende Norm für sämtliche Apotheken im Großherzogthume eingeführt worden ist, finden Wir Uns bewogen, nunmehr auch eine neue, dem Bedürfnisse entsprechende Arzneitaxe zu ertheilen. Wir verordnen demnach mit Beirath und Zustimmung des getreuen Landtages, wie folgt:

§. 1.

Vom 1. Januar 1841 an tritt die nachstehende Arzneitaxe für alle Apotheken des Großherzogthums in Wirksamkeit.

§. 2.

Von dem gedachten Tage an haben die Apotheker zu ihrem pharmaceutischen Verkehr nur des dermaligen Preussischen Medicinalgewichtes sich zu bedienen.

§. 3.

Die Apotheker dürfen die in der Taxe enthaltenen, nach dem Vierzehnthaler Münzfuß bestimmten Ansätze unter keinem Vorwande überschreiten, jedoch bleibt ihnen nachgelassen, als niedrigsten Preis eines verabreichten Mittels zwei Pfennige zu berechnen. Nur die *Aqua filtrata* macht hiervon eine in der Taxe selbst näher bestimmte Ausnahme.

§. 4.

Der Vorsteher der betroffenen Apotheke hat vorkommenden Falles ein in der Taxe nicht aufgeführtes Mittel nach einem billigen Preise zu taxiren und solchen auf dem Recepte aufzusetzen.

§. 5.

Wenn dem Apotheker von einer verordneten Medicinalperson die Bestimmung von Gewichtsbeiträgen ausdrücklich oder stillschweigend überlassen worden ist, so müssen solche Gewichtsbeiträge, sofern sie auf den Preis der Mittel Einfluß haben, nach ihrer wirklichen Verwendung durch eine schriftliche Bemerkung von der Hand des Vorstehers der Apotheke auf dem Recepte angegeben werden.

§. 6.

Von denjenigen Flüssigkeiten, welche in der Taxe mit einem Stern (\*) bezeichnet sind, werden 27, von allen anderen Flüssigkeiten 32 Tropfen auf den Scrupel, und so verhältnißmäßig bei geringeren und größeren Gewichtsbeiträgen, gerechnet.

§. 7.

In allen Fällen, wo Wasser zu Anfertigung einer Arznei verschrieben worden ist, deren Bereitung eine Filtrirung oder

Colirung erfordert, findet der in der Taxe ausgeworfene Preis für *Aqua filtrata* keine Anwendung.

§. 8.

Zu widerhandlungen gegen die in diesem Gesetze ertheilten Vorschriften werden nach Befinden als Vernachlässigung der Amtspflicht bestraft werden (Artikel 311. und 326. des Strafgesetzbuches vom 5. April 1839).

Für Geldstrafen, welche in solchen Fällen erkannt werden, hat der Vorsteher der Apotheke, vorbehaltlich des Regresses an den die Schuld tragenden Untergebenen, einzustehen.

§. 9.

Ein Antrag auf Ermäßigung einer bereits bezahlten Apothekerrechnung findet nur innerhalb eines Jahres vom Zahlungstage angerechnet, Statt.

§. 10.

Bei Arzneilieferungen für öffentliche Cassen haben die Apotheker

- a) zu Weimar, zu Eisenach und zu Jena einen Abzug von funfzehn Procent;
- b) in Städten mit mehr als zweitausend Einwohnern einen solchen von zehn Procent;
- c) in allen übrigen Orten des Großherzogthums aber einen Abzug von sechs Procent an den taxmäßigen Arzneipreisen sich zu unterwerfen, dafern nicht über noch geringere Preise ein besonderes Abkommen mit ihm getroffen worden ist.

§. 11.

Der Landesdirection bleibt überlassen, die künftig nöthigen Abänderungen der Preisansätze der Arzneimittel, mit Zugrundlegung der in dem Königreiche Preußen erfolgenden Abänderungen der Apothekertaxe, zu bestimmen und bekannt zu machen, nachdem hierzu jedesmal die Genehmigung des Großherzoglichen Staatsministeriums eingeholt worden sein wird.

Urkundlich haben Wir dieses Gesetz vollzogen und mit Unserm Großherzoglichen Staatsinsiegel bedrucken lassen. Wir befehlen, daß solches auf gesetzliche Weise zur öffentlichen Kunde gebracht werde.

So geschehen und gegeben Weimar den 2. October 1840.

---

*Anhang.*

Im Obigen finden sich hinsichtlich der auch für das Großherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach neuer \*) Bestimmung im §. 3. des vorstehend mitgetheilten Gesetzes vom 2. October 1840 — wonach die Apotheker unter der Taxe verkaufen dürfen — nur diejenigen Gründe hervorgehoben, welche unter den damaligen Umständen zur Rechtfertigung einer solchen Maafregel für hinlänglich gelten durften. Der Wichtigkeit des

---

\*) Nach §. 26. der Apothekerordnung vom 2. Juli 1805, sind die Preise der einfachen Mittel sowohl, als der zusammengesetzten Arzneien, pünktlich nach der vorgeschriebenen Taxe zu bestimmen und bei namhafter Strafe weder zu erhöhen, noch zu verringern.

Gegenstandes wegen sei es aber dem Verfasser erlaubt, hier noch einige Betrachtungen desselben aus einem allgemeineren Gesichtspuncte hinzuzufügen.

Unstreitig müssen die Sätze einer Apothekertaxe, die ihrem Zwecke in jeder Beziehung möglichst entsprechen soll, hoch genug ausgeworfen werden, daß die betroffenen Apotheker, bei sonst ordnungsmäßigem Gange ihres Geschäfts, an jedem Orte des Wirkungskreises der Taxe gehörig bestehen können. Da nun die Erfahrung lehrt, daß die bei der Berechnung der Taxpreise zu berücksichtigenden Verhältnisse in den verschiedenen Gegenden und Ortschaften eines Landes immer mehr oder weniger, nicht selten bedeutend von einander abweichen, da — mit andern Worten — die standesmäßige Existenz eines Apothekers und die vorschriftsmäßige Verwaltung einer Apotheke nicht überall gleichen Aufwand erheischen; so folgt, daß die Taxpreise für manche Bezirke zu hoch angenommen werden müssen, daß mithin auch die Apotheker unter gewissen Bedingungen füglich zu geringern, als den Taxpreisen verkaufen können und — wenn sie billig denken — auch wünschen müssen, verkaufen zu dürfen. So erklärte ein sehr achtbarer Apotheker erst neuerlich gegen den Verfasser mit rühmlicher Offenheit: er würde es für eine Sünde halten, wenn er, die neue Taxe benutzend, dem Publicum höhere Preise abnehmen wollte, als früher, da durch die Einführung der Taxe eigentlich in denjenigen Verhältnissen, die ihn vorher bei seinen Preisbestimmungen zur Richtschnur gedient hätten und wobei er mit Ehren habe bestehen können, etwas Wesentliches nicht verändert worden sei. Und gewiß theilen nicht wenig Apotheker diese ehrenhafte Gesinnung.

Soll nun der Staat, dem doch unzweifelhaft obliegt, seinen Angehörigen tüchtige Arzneien zu *den möglichst wohlfeilen Preisen* zu sichern, dem billig denkenden, ja selbst dem auf rechtliche Weise speculirenden Apotheker in den Weg treten und ihn zwingen, seine Waaren theurer zu verkaufen, als er ohnedem könnte und möchte? Soll dem menschenfreundlichen Apotheker verwehrt werden, weniger bemittelten Personen, denen er, ohne sie zu kränken, ein offenes Geschenk nicht anbieten dürfte, durch einen als solches nicht ausdrücklich bezeichneten und erkennbaren Nachlaß \*) am Preise der ihnen verabfolgten Arzneien eine Wohlthat angedeihen zu lassen, die sie ohne Beschämung annehmen können und gern annehmen?

Und weshalb soll die Gesetzgebung eine solche Beschränkung der natürlichen Freiheit anordnen? Man hat darauf keine andere Antwort, als die weiter oben aus einem Rescript des Königl. Preuss. Ministeriums der Medicinalangelegenheiten an die Königl. Regierung zu Arnberg wörtlich angeführte, welche im Grunde den Verkauf unter der Taxe doch nur darum für unzulässig erklärt, weil sonst möglicher Weise einzelne unrechtliche Apotheker das Publicum und ihre benachbarten Kunstge-

---

\*) Bekanntlich hat man zur Verminderung der Härte des Verbots, unter der Taxe zu verkaufen, nachgelassen, daß der Apotheker wohlfeilere Preise für Arme bewilligen dürfe, wenn er dies auf dem Recept ausdrücklich bemerke.

nossen durch Abgabe schlechter Waare zu anscheinend wohlfeilern und deshalb anlockenden Preisen beeinträchtigen könnten.

Wenn nun aber auch wirklich einzelne Apotheker schlecht genug denken, um das Publicum und ihre Mitapotheker auf die gedachte Weise bevorthailen zu wollen, wenn es ihnen gegen alle Wahrscheinlichkeit auch gelingen sollte, ein solches Verfahren auf die Dauer fortzusetzen und dadurch ihren benachbarten Gewerbsgenossen selbst empfindlichen Schaden zuzufügen; so geschähe dies doch eben immer nur *in sehr einzelnen Fällen*. Diese würden, wenigstens in Beziehung auf den Vortheil des Publicums, gewiß schon überwogen durch solche, wenn nicht schwerer, doch sicherlich nicht leichter zu entdeckende Fälle, wo, bei erzwungener Festhaltung der Taxpreise, Apotheker, die nun einmal auf unredlichen Gewinn ausgehen wollten, zu hohen Preisen quantitativ oder qualitativ geringere Waaren liefern würden. Jene Fälle kommen aber vollends bei Weitem nicht in Betracht gegen die Vortheile, welche durch den Gebrauch der Erlaubniß des Verkaufs unter der Taxe von Seiten rechtlicher und mildthätiger Apotheker — deren es doch, Gott Lob! eine recht große Anzahl giebt — für einen ansehnlichen, mitleidiger Berücksichtigung bedürftigen Theil des Publicums entspringen.

In der That müssen doch Fälle der besagten Art sehr selten sein. Verfasser war eine Reihe von Jahren Referent in den Apothekenangelegenheiten, ehe im Großherzogthume eine Arzneitaxe eigentlich bestand, wo also die Verwalter der im Lande damals vorhandenen vierzig Apotheken mit den Preisen ihrer Waaren ziemlich frei schalten konnten. Dennoch ist während dieser Periode kein Fall zur Kenntniß der Oberbehörde gelangt, wo ein Apotheker, zumal mit Recht, desjenigen Vergehens angeschuldigt worden wäre, welches durch das Verbot des Verkaufs unter der Taxe verhütet werden soll. Die meisten Apotheker richteten sich schon zu jener Zeit nach der Preussischen Taxe. Viele und darunter sehr wackere Männer verkauften, besonders an weniger Wohlhabende, zu verhältnißmäßig niedrigeren Preisen.

Je weiter die unter dem Apothekerstande auf immer erfreulichere Weise zunehmende wahre Bildung sich verbreitet, desto seltener werden unehrenhafte Mitglieder dieses Standes vorkommen.

Nicht außer Acht darf bleiben, daß mit dem Verbote, unter der Taxe zu verkaufen, allein doch nur noch sehr wenig gethan ist, daß es sich vielmehr erst noch sehr wesentlich darum handelt, wie man die Befolgung desselben sichern könne? Die Verschlagenheit der Schlechtigkeit ist groß. Wie selten werden Uebertretungen zur Anzeige kommen! Wie noch viel seltener wird bewiesen werden können, daß eine unter dem Taxpreise verkaufte Arznei auch geringhaltig gewesen sei! Und wen, der mit dem Laufe solcher Sachen vertraut ist, würde es Wunder nehmen, wenn ein (also meistens nur) wegen Verkaufs unter der Taxe bestraffter Apotheker dem großen Haufen in dem Lichte eines durch Brodneid seiner Gewerbsgenossen verfolgten, gegen das Publicum billig gesinnten Mannes erschiene und nun erst recht zahlreichen Zuspruch erhielte! und wenn so das Verbot gerade beförderte, was es verhüten soll!

Hiernach scheint dargethan, daß das Verbot, unter der

Taxe zu verkaufen, grössere Uebel herbeiführt, als dasjenige ist, wogegen es schützen soll, und dass dieses Verbot nicht einmal seinem nächsten Zwecke sicher entspricht, der — versteht sich, bei ausserdem fortwährender Beaufsichtigung des Apothekenbetriebes — am besten erreicht werden möchte

- 1) durch die möglichste Entfernung alles Anreizes zu betrügerischen Unternehmungen durch geeignete Vorsorge des Staats für den Wohlstand der Apotheker, vornehmlich auch durch zweckmässige Beschränkung der Zahl der Apotheken, so wie den Anforderungen wegen Vorräthighaltung relativ überflüssiger Artikel;
- 2) durch Beförderung wahrer Bildung und eines regen Ehrgefühls unter den Apothekern; und
- 3) durch Bedrohung des betrügerischen Verkaufs anscheinend wohlfeiler Mittel mit empfindlicher Strafe, die aber auch unnachsichtlich vollstreckt und im Wiederholungsfalle wenigstens mit der Entziehung des Rechts zur selbstständigen Verwaltung einer Apotheke verbunden werden muss.

Dieses System wird den beabsichtigten Erfolg um so sicherer herbeiführen, da — wie schon aus der Natur der Sache zu erwarten stand, wie es dem Verfasser aber auch bereits die Erfahrung bestätigte — durch die Erlaubniss, unter den Taxpreisen zu verkaufen, bei den Apothekern ein lebendigeres Interesse, einander zu überwachen, erregt und unterhalten wird, und womit sich denn auch eine neue, vorzugsweise sachverständige und sehr wirksame Controle über die Güte der dem Publicum verabreichten Arzneien ausbildet, welche unrechtlich gesinnte Apotheker von betrügerischen Praktiken kräftig zurückhält.

In Beziehung auf Beobachtung der Taxe bestehen für den Apotheker fast ganz die nämlichen Verhältnisse, wie für die praktischen Aerzte. Auch diese sind in ihren Leistungen schwer zu controliren, auch sie könnten sich versucht fühlen, durch niedrige Forderungen für ihre Bemühungen Kranke an sich zu locken und sich etwa dadurch wieder erholen zu wollen, dass sie Krankheiten verschlimmerten und in die Länge zögen, wobei sie, mit Feinheit zu Werke gehend, sich noch dazu den Ruf ausgezeichneter Geschicklichkeit zu erwerben vermöchten. Und dennoch ist es wegen solcher Besorgnisse, die doch leider! auch nicht ganz und gar aus der Luft gegriffen sind, noch Niemand eingefallen, zu verlangen, dass die praktischen Aerzte gezwungen werden sollten, ihre Gebühren in keinem Falle unter der Taxe zu berechnen, oder wenigstens etwanige niedrigere Ansätze als Geschenke ausdrücklich und schriftlich zu bezeichnen! Und doch wohnen die praktischen Aerzte in der Regel häufiger nahe zusammen, als die Apotheker, haben meistens mehr Noth, sich ihren oft nur dürftigen Unterhalt zu verschaffen, als diese, und sind deshalb der Versuchung zur Bevortheilung ihrer Kunstgenossen in höherem Grade bloßgestellt.

Dr. Vogel.

## Bemerkung zu dem vorstehenden Aufsätze.

Jeder Leser der vorstehenden Blätter wird dem geehrten Verfasser derselben, dem Hrn. Geh. Hofrath Dr. Vogel, für diese Mittheilung wahrhaft dankbar sein, und die Anerkennung und Gerechtigkeit, die er den Apothekern darin auf eine so rühmliche und ehrende Weise wiederholt ausspricht, nach Gebühr zu schätzen wissen. Einer der Hauptpuncte in dieser ganzen Vorlage betrifft die Arzneitaxe, und der Hr. Geh. Hofrath Dr. Vogel stellt als Princip auf, daß diese Taxe nur ein *Maximum* festsetzen soll, über welches hinaus der Apotheker nicht gehen darf, ohne in Strafe zu verfallen, unter die zu verkaufen ihm aber gestattet sein soll.

Diesem Principe muß ich nach meinen Ansichten und nach meinen Erfahrungen durchaus entgegen sein. Die Stabilität der Taxe halte ich für ein Palladium, das nicht ohne große Nachtheile verletzt werden darf. Als vor mehreren Jahren die preuss. Taxe gestattete, 25 Proc. unter den ausgeworfenen Taxpreisen verkaufen zu dürfen und darin eine gewisse Schweben für die Concurrenz eröffnete, so erklärten sich eine Menge Apotheker gegen dieses Princip, und in der mir bekannten Gegend alle diejenigen Apotheker, deren Rechtlichkeit, deren Gewissenhaftigkeit und treue Pflichterfüllung in Frage zu stellen Niemandem einfallen wird. Wir waren alle der Ansicht, daß eine schwebende und ungewisse Taxe für das Publicum wie für die Apotheker die bedenklichsten Folgen mit sich führe. Diese Ansicht, wofür wir unsere Gründe mehrfach entwickelt haben, beruht noch stets auf unserer vollen Ueberzeugung.

Bei dem, was der Apotheker leisten muß, sei es in großen wie in kleinen Oertern, halten wir eine angemessene und feste Taxe, bei Erwägung aller hier concurrirenden Verhältnisse, mit für die Basis einer allgemein tüchtigen und gewissenhaften Verwaltung der Apotheken. Will aber der Apotheker den Gefühlen des Mitleids Raum geben, so stehen ihm wie jedem andern Staatsbürger tausend Wege, der Nächstenliebe zu folgen, offen, ohne daß eine ungewisse Taxe ihm dazu die Mittel zu reichen braucht. Will er aber gerade in dem Arzneipreise unter der ihm zukommenden Taxe diese Pflicht des Mitleidens üben, so ist ihm ja auch dazu eine angemessene Form erlaubt. Ich bin gewiß, daß, wenn diejenigen Apotheker, denen man über die Beurtheilung dieses Gegenstandes ein vollgültiges Urtheil zugestehen kann, gefragt werden, ob sie eine feste oder eine schwebende Taxe für die angemessenste halten, sie für eine feste Taxe sich erklären werden.

Bei der Wichtigkeit dieses Gegenstandes habe ich nicht umhin können, gegen die Ansicht des Hrn. Geh. Hofraths Dr. Vogel, meines hochverehrten Freundes, über diesen Punct hier freimüthig und offen mich zu erklären. R. Brandes.

## Anmerkung in Betreff der Lesezirkel.

Da die Bestellungen der Bücher für die Lesezirkel für das nächste Jahr gemacht werden müssen, so ersuchen wir diejenigen Mitglieder, welche besondere Wünsche dafür haben, diese den Herren Kreisdirectoren gefälligst anzuzeigen, die solche geeignet weiter befördern werden. Overbeck.